

Bericht des AD / Hauptausschuss am 03. Juli 2017

- Der Bundesgesetzgeber hat eine Verlängerung und Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes beschlossen. Demnach fließen weitere 100 Millionen Euro nach Schleswig – Holstein. Erfreulich ist, dass auch dieser Betrag wieder für Investitionen an Schulen zur Verfügung steht. Weniger erfreulich ist, dass nur finanzschwache Kommunen in den Genuss der Förderung kommen. Noch weniger erfreulich ist, dass Schleswig – Holstein den Begriff „finanzschwach“ so eng definiert hat, dass derzeit nur 35 von 1.106 kreisangehörigen Städten und Gemeinden, nur eines von 37 Ämtern als Schulträger und nur 21 von 95 Schulverbänden eine Chance auf Teilhabe an den Bundesmitteln hatten. Konsequenz daraus war, dass die bisherigen Bundesmittel in Schleswig – Holstein so langsam abgeflossen sind wie in keinem anderen Bundesland. Ihr kommunaler Spitzenverband setzt sich aktuell dafür ein, dass kurzfristig die Kriterien landesseitig verändert werden, damit weitere Schulträger als finanzschwach angesehen und in den Genuß der Förderung kommen können. Hier ist jedoch seitens des Landes Eile geboten, da das Programm bereits für Investitionen nach dem 30. Juni 2017 zur Verfügung stehen soll.
- Die neue Landesregierung hat nun ihre Arbeit aufgenommen und es bleibt abzuwarten, ob und welche Veränderungen auf uns zukommen. Den Amtsvorstehern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern hatte ich ja den aktuellen Koalitionsvertrag mit einigen Anmerkungen übersandt. Letztlich steht über all den Projekten jedoch die tatsächliche Finanzierbarkeit. Als Verwaltung freut es mich, dass einige Regularien wieder zurückgeführt werden sollen, aber an der einen oder anderen Stelle hätte ich mir mehr Aussagen gewünscht.
- Mit der Baurechtsnovelle 2017 wurde auch die Pflicht zur Veröffentlichung für Bauleitpläne im Internet beschlossen. Dazu haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch das Info – Intern Nr. 126 aus 2017 des SHGT zur Erläuterung erhalten. Wie setzen wir nun diese zusätzliche Arbeit um? Auf der Homepage des Amtes wird jeweils unter den Gemeinden und der Rubrik „Bekanntmachungen“ heute bereits die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung veröffentlicht, häufig bereits mit einem zusätzlichen Lageplan als Orientierungshilfe für die Bürgerinnen und Bürger. Zusätzlich sollen dort bei der jeweiligen Bekanntmachung in Zukunft auch die Dokumente der öffentlichen Auslegung mit veröffentlicht werden.

Die rechtskräftigen Bauleitpläne sollen den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig dauerhaft im Internet zum Abruf zur Verfügung stehen. Auf unserer Homepage soll es hierzu unter den jeweiligen Gemeinden eine neue Rubrik „rechtskräfti-

ge Bauleitpläne“ geben. Unter dieser Rubrik wiederum werden wir nicht selbst die Pläne hochladen, sondern per Hyperlinks auf die Server des Kreises Pinneberg verweisen, auf denen alle alten Bauleitpläne bereits hoch geladen sind. Eine entsprechende Tabelle mit den Links wird der Fachbereich 5 entwickeln und dem Kreis zur Verfügung stellen. Der Kreis ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden und wir sparen uns doppelte Datenhaltung. Bei neuen Plänen, die rechtskräftig geworden sind, obliegt es zukünftig dem Fachbereich 5 daran zu denken, die Liste der rechtskräftigen Pläne zu ergänzen.

- Im letzten Hauptausschuss hatte ich Sie darüber informiert, dass seinerzeit unter Einbindung des Personalrates eine Abfrage innerhalb der Fachbereiche lief, ob eine Veränderung der Öffnungszeiten des Amtshauses sinnvoll erscheint. Mein Vorschlag dabei war, dass wir das Amtshaus jeden Mittwoch vollständig für den Publikumsverkehr schließen, um so gerade in den publikumsintensiven Bereichen die notwendige Zeit für die Nach- und Vorarbeit zu schaffen. Als Ausgleich dazu, hatte ich die zusätzliche Öffnung des Amtshauses an jedem Donnerstag von 14:00 bis 16:00 Uhr vorgeschlagen. Die intensive Beratung innerhalb der Fachbereiche und innerhalb des Personalrates hat ergeben, dass wir im Stammhaus keine Veränderung vornehmen werden. Bereits jetzt sind wir insbesondere durch unsere Außenstellen sehr gut erreichbar und wir arbeiten sehr viel mit der Terminvergabe. Jedoch haben wir uns gemeinsam darauf verständigt, die Öffnungszeiten der Außenstelle in Haselndorf etwas bürgerfreundlicher und nachvollziehbarer zu gestalten. Demnach wird dort künftig bereits ab 08:00 Uhr die Tür geöffnet sein (montags bereits um 07:30 Uhr) und die unverständliche Schließung am Dienstag um 11:00 Uhr wird auf 12:00 Uhr verlegt.
- Der Anstieg von terroristischen Anschlägen und Übergriffen sowie die allgemein zunehmende Gewaltbereitschaft führt u.a. auch dazu, dass ich als örtliche Ordnungsbehörde die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Großveranstaltungen deutlich werde anheben müssen. Das Land Schleswig – Holstein hat dazu bereits im Mai des letzten Jahres einen umfassenden Erlass, der insbesondere bei Public Viewing Veranstaltungen anzuwenden ist und zahlreiche Maßnahmen enthält, herausgegeben und aktuell nochmals erneuert. Diese Vorgaben aus dem Erlass werden nun auch für andere Großveranstaltungen geprüft und im Einzelfall festgesetzt. In diesem Zusammenhang bitte ich die amtsangehörigen Gemeinden, keine Veranstaltungen mündlich oder gar schriftlich zu genehmigen. Die örtliche Ordnungsbehörde wird die Gemeinden im Rahmen des Erlaubnisverfahrens beteiligen und die Anregungen und Bedenken oder auch das Versagen aufnehmen. Begeben Sie sich bitte nicht in haftungsrechtliche Fallstricke, in dem Sie Veranstaltungen zusagen.

- Die Kolleginnen und Kollegen der Amtsverwaltung merken diese Veränderungen in der Gesellschaft auch bei Ortsterminen und insbesondere im Publikumsverkehr hier im Amtshaus. So nehmen Beleidigungen und Drohungen oder auch falsche Veröffentlichungen im Internet, hier z.B. Facebook, deutlich zu. In diesem Zusammenhang bitte ich auch den Personalrat, gemeinsam mit den Fachbereichsleitern und mir Maßnahmen für den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen zu entwickeln. Den Arbeitskreis Amtshaus bitte ich, diese Gesichtspunkte bei den anstehenden Überlegungen einfließen zu lassen und notwendige Fluchtmöglichkeiten, Alarmsysteme und gegenseitigen Schutz nicht außer Acht zu lassen.
- Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die in der Verwaltung für zunehmende Arbeit sorgt, sind die so genannten Reichsbürger. Diejenigen von Ihnen, die beim runden Tisch der Ordnungsbehörde mit der Polizei und den Wehrführungen dabei waren, haben hierzu bereits Informationen erhalten. Hat diese Gruppe anfangs nur im Meldeamt Probleme bereitet, so ist jetzt verstärkt die Vollstreckung betroffen. Juristisch sind die vorgetragenen Argumente, die Bundesrepublik wäre nicht existent und lediglich eine GmbH zwar Blödsinn und die gegen mich und meine Kolleginnen gerichteten Strafanzeigen haltlos und zudem auch falsch adressiert und auch das mehrmalige Übersenden von Telefaxen mit mehr als 30 Seiten und rechtlichem Blödsinn halten wir aus. Für mich auffällig ist, dass sich Personen dann vermehrt dieser Bewegung anschließen, wenn sie dem Staat Geld schulden. Sorge bereitet mir aber, dass auch in dieser Gruppe die Gewaltbereitschaft zunimmt. Dieses wurde im Rahmen des runden Tisches auch von einem Vertreter der Polizei verdeutlicht. Leider ist dieses Problem erst nach den tödlichen Schüssen eines Reichsbürgers auf einen Polizisten in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, obwohl dieses gesellschaftliche Problem schon länger existent ist. Zum Schutz meiner Kolleginnen und Kollegen habe ich entschieden, dass jeder Reichsbürger, der im Kontakt mit der Verwaltung als solcher auftritt, dem Verfassungsschutz des Landes gemeldet wird. Ganz aktuell haben wir nun leider einen Reichsbürger, der auch im Besitz einer Waffenerlaubnis ist und bei dem eine Vollstreckung läuft. Ich hoffe inständig, dass das mit der Polizei vereinbarte Signal ausreicht, um ggf. Schlimmeres zu verhindern.
- Ab morgen kommt es zu erheblichen Behinderungen hier in der Straße am Täberg, da die Fahrbahndecke vollständig erneuert wird. Eine Anfahrt unseres Mitarbeiterparkplatzes ist dann für einige Tage nicht möglich. Da ein Ausweichen in die Nebenstraße nur bedingt möglich ist, da die Anwohner und die Bauarbeiter auch Parkplätze suchen werden, habe ich den Fachbereichen empfohlen, die Anwesenheit dort wo möglich zu reduzieren und die Chance zum Abbau von Überstunden zu nutzen. Eine Mitteilung an die Presse sowie auf unserer Homepage ist erfolgt.